

PRESSEINFORMATION

Ein Freiwilliges Soziales Jahr für eine inklusive Persönlichkeitsbildung mit der Lebenshilfe NRW

Hürth. Die Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen bietet ab Juni eine neue Form des bundesweit etablierten Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) an, das FSJ-Tandem. In diesem Tandem bilden ein Mensch mit und ein Mensch ohne Behinderung ein Jahr lang ein FSJ-Tandem und unterstützen sich gegenseitig in ihrem Arbeitsalltag in einer Lebenshilfe-Einsatzstelle.

„Durch ihren gemeinsamen Dienst leisten die beiden Tandempartner einen wichtigen Beitrag zu einer inklusiven Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen und fördern zeitgleich ihre eigene Persönlichkeitsentwicklung“ sagt Julia Schlender, Fachbereichsleiterin für die Freiwilligendienste bei der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen. Durch das FSJ-Tandem erhalten Menschen mit Behinderung die Gelegenheit sich zu erproben und ihre persönlichen Fähigkeiten unter realen Bedingungen im Arbeitsalltag unter Beweis zu stellen. „Die Einsatzstellen vermitteln jungen Menschen ohne Behinderung wiederum wichtige soziale Kompetenzen und steigern deren Bereitschaft, für andere Verantwortung zu übernehmen und geben berufliche Orientierung“, erklärt Schlender. In den Tandem-Einsatzstellen wird Selbstbestimmung gelebt. Denn die kontinuierliche Zusammenarbeit im Tandem steigert das Vertrauen der FSJler und bestärkt sie, selbstständig und gezielt zu agieren.

Für das FSJ-Tandem gelten dieselben Richtlinien wie für ein normales Freiwilliges Soziales Jahr. Die Teilnehmer müssen zwischen 16 und 26 Jahre alt sein und die Schulpflicht beendet haben. Sie erhalten Taschengeld, Verpflegung und einen FSJ-Ausweis. Außerdem müssen 25 Seminartage, welche die Tandempartner gemeinsam besuchen, absolviert werden. Bei einer Hospitation in der künftigen Einsatzstelle lernen die Tandempartner sich und die Einsatzstelle vorab kennen. Begleitet und unterstützt werden die FSJler dabei von den Einsatzstellen sowie vom Träger des FSJ, der Lebenshilfe Bildung NRW gGmbH, einer Tochter des Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen e.V.

Darüber hinaus bietet die Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen den Bundesfreiwilligendienst für Menschen mit Flüchtlingsbezug an. Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) hat Ende Oktober 2015 bundesweit 10.000 Plätze für einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) mit Flüchtlingsbezug geschaffen. Hieran beteiligt sich auch die Lebenshilfe Bildung NRW

gmbH als Träger der Freiwilligendienste. Sie hat im Rahmen des Sonderprogramms die Möglichkeit für geflüchtete Menschen geschaffen, in ihren Einsatzstellen den BFD zu leisten. Ziel ist die Inklusion für Menschen mit Fluchterfahrung. „Der BFD bietet Orientierung in einer neuen Kultur und Arbeitswelt und sorgt für eine sinnvolle Beschäftigung der Flüchtlinge“, sagt Schlender. Die Förderung des Spracherwerbs, der sozialen sowie interkulturellen Kompetenzen ist ebenso Bestandteil des BFD.

Die 74 nordrhein-westfälischen Orts- und Kreisvereinigungen der Lebenshilfe mit rund 25.000 Mitgliedern sind Träger oder Mitträger von zahlreichen Diensten, Einrichtungen und Angeboten für Menschen mit einer sogenannten geistigen Behinderung. Sie alle sind Mitglieder im nordrhein-westfälischen Landesverband, der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen e.V. In Frühförderstellen, (meist integrativ) Kindergärten und Krippen, Schulen und Tagesförderstätten, Werkstätten, Fortbildungs- und Beratungsstellen, Sport-, Spiel- und Freizeitprojekten, Wohnstätten und Wohngruppen sowie Familienentlastenden Diensten werden Kinder, Jugendliche und Erwachsene gefördert, betreut und begleitet.

Hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen der Lebenshilfe sind mit diesen Aufgaben betraut. Angehörige von Menschen mit Behinderung können sich in Elterngruppen austauschen, behinderte Menschen selbst arbeiten immer stärker in den Vorständen und anderen Gremien der Lebenshilfe mit. Die 74 nordrhein-westfälischen Lebenshilfen sind in der Beratung, Fortbildung und Konzeptentwicklung tätig und vertreten die Interessen behinderter Menschen und ihrer Familien gegenüber den Ländern bzw. der Bundespolitik.